



Unterstützen wir die Strauß-Gegner!

Wie wir schon berichtet haben, zieht der Kanzlerkandidat Strauß alle Register, auch die juristischen, gegen seine Gegner, so auch gegen Verena Wiechern und Reinhard Haneld, über die wir hier berichten. Mit seinen Beleidigungsklagen, einstweiligen Verfügungen, die er durchsetzen ließ, usw. beschäftigt er nun schon zwei Anwaltsbüros. Die Betroffenen, Werk tätige, die sich über die Kandidatur dieses Reaktionsärs empören, kommt das zumeist teuer zu stehen. Um so wichtiger ist es, daß wir bereit sind, allen verfolgten Straußgegnern zur Seite zu stehen. Das ist unser hauptsächlichster Beitrag zum Kampf „Stoppt Strauß!“

Verena Wiechern, presse-rechtlich verantwortlich für Flugblätter der KPD/ML und Reinhard Haneld, 1. Sekretär der Roten Garde, sind jetzt die ersten Strauß-Gegner, die wir finanziell unterstützen mußten. Der Kanzlerkandidat hatte eine einstweilige Verfügung gegen sie angestrengt, um ihnen bestimmte Äußerungen zu verbieten, durch die er sich herabgesetzt fühlte. Weil sie es nicht einfach hinnehmen wollten, daß Strauß ihnen durch Drohung mit 500 000,- DM Buße den Mund verbietet, legten sie Einspruch ein und es kam zur Verhandlung.

In dieser Verhandlung legte die Verteidigung umfangreiches Beweismaterial vor. Das Gericht sah sich schließlich zu einem Vergleichsvorschlag gedrängt: Es solle verboten bleiben, Strauß als den „Hitler von heute“ oder ähnlich zu bezeichnen, wohingegen die Formulierung: „Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg“ erlaubt sein soll. Dieser Vergleichsvorschlag war ein Teilerfolg der Verteidigung.

Die Genossen lehnten allerdings den Kompromiß ab, sie bestehen auf dem Recht — nicht nur für sich persönlich sondern für alle

Strauß-Gegner — ihre Ansichten über den Kanzlerkandidaten uneingeschränkt sagen zu können.



Die Rote Hilfe hat die Aufgabe, die Strauß-Gegner bei ihrem Kampf zu unterstützen. Diese Aufgabe wird uns im Wahljahr sicherlich noch oft gestellt werden. Verena Wiechern und Reinhard Haneld wurden von uns mit insgesamt über 1 500,- DM unterstützt, damit sie Rechtsanwalts- und Gerichtskosten aufbringen können.

Unabhängig von der einstweiligen Verfügung hat Verena Wiechern und ein Flugblattverteiler auch noch eine Anklageschrift wegen Beleidigung von Strauß erhalten. Auch bei diesem zu erwartenden Prozeß wird die RHD die beiden unterstützen.



Justizvollzugsanstalt Mainz

Bundesdeutsche Gefängnisse

Was in bundesdeutschen Untersuchungsgefängnissen und Polizeizellen geschieht, davon lesen wir selten in den Zeitungen. Vor kurzem aber konnte man an zwei Meldungen sowohl die Spitze des Eisbergs sehen als auch das ganze Ausmaß dessen, was gang und gäbe ist, zumindest erahnen.

Im Mainzer Untersuchungsgefängnis wurde ein Häftling in seiner Zelle tot aufgefunden. Er wies am ganzen Körper Spuren schwerster Mißhandlungen auf. Nachdem die Täter ihn bewußtlos geschlagen hatten, hatten sie ihn offenbar mit Wasser begossen, um ihn „wiederzubeleben“, eine Praxis, die von Folterungen bekannt ist. Aber der Häftling starb.

Fünf Monate lang wurde dieser Skandal, der sich bereits im Mai ereignet hatte, geheimgehalten. Im Verdacht standen vier Gefängniswärter, die in der fraglichen Nacht Dienst hatten. Sie versehen immer noch ihren Dienst.

Bis vor kurzem gab es einen Zeugen. Ein Untersuchungshäftling, ein Chemielaborant, hatte in zwei Vernehmungen ausgesagt, er habe in der Nacht Geräusche gehört, die von einem Kampf herrührten. Er lebt nicht mehr. Am 10. August hat er sich in seiner Zelle erhängt. Obwohl er in einem Brief an den Oberstaatsanwalt zwei Tage vorher seinen Selbstmord angekündigt hatte, war nichts zu seiner Rettung unternommen worden, er blieb in einer Einzelzelle. Gab es Leute, denen dieser Selbstmord des Zeugen nur recht war?

Ein Einzelfall? Nun — es gibt reichlich viele von diesen „Einzelfällen“ inzwischen. Daß es sich hier nur um die ruchbar gewordene Spitze eines Eisbergs täglicher Mißhandlungen handelt, dafür ist nun sogar der Bundesgerichtshof unfreiwilliger Zeuge. Denn in einem Revisionsurteil hob er den Freispruch eines Beschuldigten auf. Dieser hatte vor der Polizei Aussagen gemacht, nachdem man ihn 38 Stunden ohne Schlaf gelassen hatte. Der BGH konnte in diesen Vernehmungsmethoden nichts Rechtswidriges entdecken und entschied, die so erpreßten Aussagen seien vor Gericht verwertbar.

Der Freiburger Rechtsanwalt und Journalist Hanno Kühnert nannte dieses Urteil einen „schweren Einbruch in das bisher unangetastete Folterverbot“ und einen „Freibrief für skandalöse Vernehmungsmethoden“.

Spendenauf des Zentralen Vorstands für die Routhier-Prozesse

„Wir wenden uns heute an Sie mit der Bitte um eine Ihren Möglichkeiten entsprechende finanzielle Unterstützung für Menschen, die aus politischen Gründen in Strafverfahren verurteilt wurden und dadurch in eine finanzielle Notlage gerieten. Es handelt sich um die Folgen der sogenannten Routhierverfahren, die 1974/75 überall stattfanden.“

So beginnt ein ausführlicher Brief, den der Zentralvorstand zur Zeit an bekannte demokratisch gesinnte Persönlichkeiten verschickt. Wir versuchen damit, aus diesen Kreisen, die der Tod Günter Routhiers und die darauffolgende Prozeßlawine damals auch empört hat, Spenden für die heute noch Betroffenen zu bekommen.

Daß wir solche Spenden bekommen, ist bitter nötig. Denn zur Zeit stehen noch über 20 000,-DM aus, die wir in Raten zur Unterstützung aufbringen müssen:

Schon seit Monaten wird Hanfried Brenner von uns unterstützt, der in mehreren

Routhier-Verfahren verurteilt worden ist, und nun insgesamt 20 000,-DM zahlen muß. Die Hälfte muß noch aufgebracht werden. Kürzlich erreichte uns nun ein Antrag von Harald B. aus Münster. Er ist wegen „Verunglimpfung des Staates“, „Beleidigung der Polizei“ etc. zu Geldstrafen verurteilt worden, weil er Flugblätter über den Tod Günter Routhiers verteilt hatte, darunter eines von der Roten Hilfe, und an einer Kundgebung teilgenommen hatte. Über 9 000,-DM muß er nun zahlen, eine Summe, die von seinem Lohn als Autoschlosser nicht aufzubringen ist.

Wir bitten alle Roten Helfer, solche Menschen, die vielleicht bereit wären, speziell für in Routhier-Prozessen Verurteilte zu spenden, darauf anzusprechen. Den von uns aufgesetzten Brief senden wir Euch gerne zu. Wenn Ihr nicht in der Lage seid, den Betroffenen persönlich anzusprechen, gebt uns bitte die Anschrift an, damit wir uns an ihn wenden können.

Kleiner Leitfaden soll erscheinen.

„Wie arbeitet die Rote Hilfe?“

Aufruf zur Mitarbeit.

Auf der III. ZDK soll ein kleiner Leitfaden für Ortsvorstände und Mitglieder der RHD unter dem Titel „Wie arbeitet die ROTE HILFE?“ diskutiert werden. Dieser Leitfaden soll in Broschürenform veröffentlicht werden. Jedes Mitglied sollte sich dann diese Broschüre besorgen.

Dieser Leitfaden ist allerdings noch nicht geschrieben, wir wissen aber schon ungefähr, was drin stehen soll. Es sollen die Erfahrungen über die wichtigsten Aufgaben der RHD zusammengetragen werden, so daß neue Ortsgruppen nicht bei Null anfangen müssen und neue Mitglieder auch ungefähr wissen, was bei uns so läuft. Kurz, es soll über die Betreuung und Kassierung der Mitglieder gesprochen werden, über die Rolle örtlicher Mitteilungen für die Mitglieder, über Unterstützungsanträge, über Möglichkei-

ten, Geld zu beschaffen und die RHD bekannt zu machen, darüber, was getan werden muß, wenn jemand Rote Hilfe braucht, usw. Also keine bis ins einzelne gehende „Gebrauchsanweisung“, sondern sozusagen ein Einmaleins der RHD. Es soll auch über die Verwaltungsaufgaben des Ortsvorstandes geschrieben werden: hauptsächlich Buchführung und Abrechnung mit der Zentrale.

Und nun kommt das Wichtige: Wer Vorschläge hat, was in diesen Leitfaden rein muß, sollte uns diese unbedingt in kurzer oder (am liebsten) schon in ausgearbeiteter Form schicken. Wir schreiben dann einen Entwurf, den die Delegierten rechtzeitig zugeschickt bekommen und auf der ZDK wird er dann überprüft. Also, Vorschläge erbeten!

Dieter Vogelmann seit fünf Monaten im Gefängnis

Spendet für die Hafthilfe!

Während in den meisten Familien jetzt die Vorbereitungen für das Weihnachtsfest beginnen, man sich überlegt, wem man womit eine Freude machen kann, usw., dürfen wir nicht vergessen, daß unser Mitglied Dieter Vogelmann die Vorweihnachtszeit im Gefängnis verbringen muß. Wir bitten alle Roten Helfer dringend gerade jetzt um stärkere Mithilfe bei der Organisation der Solidarität für Dieter Vogelmann! Es gibt einiges zu tun:

Die Resolution mit der Forderung nach Haftentlassung für Dieter Vogelmann, die wir Euch in der letzten Ausgabe der MITTEILUNGEN vorstellten, ist inzwischen von weiteren bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet worden. Mit dieser Unterstützung im Rücken wird Dieter Anfang Dezember ein Gnadengesuch einreichen, um evtl. noch vor Weihnachten entlassen zu werden. Wir bitten alle Ortsgruppen, dieses Gnadengesuch durch Resolutionen, die wir der zuständigen Stelle zuschicken, zu unterstützen! Auch einzelne Persönlichkeiten sollen weiterhin gebeten werden, sich bei Gericht für die Haftentlassung Dieter Vogelmanns einzusetzen. Wir glauben, daß ein Gnadengesuch durchaus Erfolg haben kann, wenn es nur genügend unterstützt wird!

Unabhängig davon hat Dieter Vogelmann über die Feiertage drei Tage Urlaub beantragt. Rote Helfer, die evtl. daran gedacht haben, Dieter zu Weihnachten ein Päckchen zu schicken, bitten wir, dies nicht zu tun. Er darf aufgrund der Bestimmungen nur ein einziges Paket bekommen, das seine Mutter gerne für ihn packen will. Dagegen werden **Geldspenden dringend gebraucht**, damit wir die Aufgaben der Hafthilfe erfüllen können. Wir brauchen Geld für:

- die monatliche Miete für seine Wohnung: 190,- DM
- Telefongrundgebühr und Autoversicherung 110,- DM monatlich
- Fahrt- und sonstige Kosten für die Besuche seiner Hamburger Freundin ca. 260,- DM monatlich

Zusammen mit Ausgaben für Bücher, Zeitungsabos usw. haben wir bisher über 3 000,-DM für die Haftbetreuung gebraucht. Leider ist auf dem Konto der RHD von außerhalb Bochums noch nicht eine einzige Mark von Roten Helfern für Dieter eingezahlt worden! Wir bitten euch jetzt, im traditionellen „Weihnachtshilfemonat“, unter dem Stichwort „Hafthilfe“ zu spenden, damit wir die 3 000,-DM und das, was in Zukunft gebraucht wird, auch bestreiten können!



Über 5 000 Falblätter verschickt!

Über 5 000 Falblätter „Wir helfen“ hat der Zentralvorstand inzwischen an die Ortsgruppen verschickt. Soweit wir hörten, sind sie auf Interesse und Zustimmung gestoßen. Einige Ortsgruppen haben gleich

große Mengen nachbestellt. Jetzt interessiert uns natürlich brennend: Wie wurden die Falblätter eingesetzt? Welche Erfahrungen habt ihr damit gemacht?

Dortmund

Zentralvorstand unterstützt Einberufung des Kongreß gegen Reaktion und Faschismus

Am 26. Januar 1980 wird in der Dortmunder Westfalenhalle ein „Kongreß gegen Reaktion und Faschismus“ stattfinden. In einem Aufruf zu diesem Kongreß, der von zahlreichen bekannten demokratischen Persönlichkeiten, wie Schriftstellern, Rechtsanwälten usw. und auch vom Vorstand der RHD unterzeichnet wurde, heißt es zum Schluß über die Kanzlerkandidatur von Strauß:

„Eine Provokation, eine Warnung, eine Herausforderung an die Adresse der werktätigen Menschen, an die fort-

schrittlichen und antifaschistischen Kräfte in unserem Land. Die Herrschenden bereiten sich auf die „schweren Krisen“ der 80er Jahre vor, und es besteht die konkrete, die akute Gefahr, daß sie wieder den Weg der 30er Jahre gehen. Es ist das Gebot der Stunde, dem Vormarsch von Reaktion und Faschismus Paroli zu bieten. ...“

Der RHD wurde von den Veranstaltern des Kongresses angeboten, einen Informationsstand aufzubauen. Das werden wir natürlich gerne tun.

26. Januar
1980
In Dortmund

**Aufruf
zu einem
Kongreß
gegen Reaktion
und Faschismus**

Anmeldungen und Bestellungen von
Eintrittskarten, Plakaten und
Aufrufen bei: Ulrich Leicht,
Schäffleweg 4, 4600 Dortmund 14,
Tel.: (0231) 23 08 49.

Der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus findet statt am Sonntag, den 26. Januar 1980 in der Westfalenhalle IV in Dortmund, Einlaß ab 10 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Eintritt 5,- DM

Mit Rede- und künstlerischen Beiträgen wirken voraussichtlich mit: Max von der Grün, Werner Worschke, Liedermacher, Böttrop, „Kabarett K“ • Jürgen Roh • Norbert Cobarus, Deutsche Bibliothek Frankfurt • Wolfgang Bittner • Harmut Siemon, Betriebsrat • Retraut Weissbecker, Kiel • Dr. Wolfgang Schulz, Schauspieler, Würzburg • „Eibspeelers“ • Hermann Treusch, früherer Leiter des Theaters am Turm, Frankfurt • „Elster-Chor“, Essen • und andere

Am Sonntag, den 27. Januar 1980 ist ein Arbeitstreffen von Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus geplant.

Wie steht die Rote Hilfe zur

Volksfront

**GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN**

Am 6. Oktober dieses Jahres wurde in Dortmund die „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg; für Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Frieden“ gegründet. Die RHD e darüber durch die Presseerklärung und jetzt durch den hier abgedruckten Brief des Zentralen Vorstands informiert.

Wir veröffentlichen dieses Schreiben, mit dem sich die Volksfront an die Mitglieder der Roten Hilfe wendet, gerne, denn diese Organisation führt den Kampf gegen die politische Unterdrückung der Werktätigen in allen ihren Formen. Somit steht die Sache der Volksfront in enger Verbindung mit den Aufgaben und der Arbeit der RHD.

So nimmt beispielsweise die Volksfront in ihren „Grund-

sätzen“ Stellung u.a. gegen Berufsverbote und Entlassungen aus den Betrieben aus politischen Gründen und für uneingeschränkte Organisations-, Demonstrations-, Versammlungs-, Presse- und Meinungs-freiheit.

Selbstverständlich können die Mitglieder der Volksfront, wenn sie wegen ihres Kampfes gegen Reaktion und Faschismus durch Polizei oder Justiz verfolgt werden, mit der solidarischen Unterstützung durch die RHD rechnen.

Wir meinen, als Rote Helfer sollten wir uns mit dem Programm und der Arbeit der Volksfront auseinandersetzen. Informationsmaterial kann man über die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, 4300 Essen, Michaelstr. 18 erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Antifaschisten,

im Oktober haben Antifaschisten aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Westberlin, Menschen verschiedener Berufe — Arbeiter und Angestellte aus wichtigen Betrieben, aktive Gewerkschafter, Vertrauensleute und Betriebsräte, Bauern, Lehrer und Ärzte, Kulturschaffende, Schüler und Studierende, Aktivisten aus antifaschistischen Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus — die VOLKSFRONT als bundesweite Organisation gegründet.

Wir haben die Initiative zur Schaffung einer breiten antifaschistisch-demokratischen Front in unserem Lande ergriffen, weil wir die politische Entwicklung, wie viele Menschen in der Bundesrepublik, mit großer Sorge verfolgen und es für dringend erforderlich halten, dem zunehmend reaktionären und gefährlichen politischen Kurs, den die wirtschaftlich und politisch herrschenden und bestimmenden Kräfte steuern, in einer Front gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden entschlossen entgegenzutreten.

Der Aussperrungsterror der Unternehmer im letzten Jahr, brutale Polizeieinsätze gegen Antifaschisten und Atomkraftgegner, Naziprovokationen in vielen Städten, Berufsverbote und politischer Druck in den Betrieben und nicht zuletzt die Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß sind deutliche Alarmzeichen für die Werktätigen, für jeden antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen in unserem Land.

Es ist außer Zweifel, daß die Herren der Monopole und Banken und ihre politischen Schützlinge angesichts der Verschlechterung der Verhältnisse in unserem Lande und der sich für die 80er Jahre abzeichnenden Verschärfung der Krise einen noch schärferen Kurs der politischen Unterdrückung und des Abbaus demokratischer Rechte nach innen und einer aggressiveren Politik nach außen einzuschlagen versuchen und sich die faschistischen Tendenzen und die Gefahr einer politischen Entwicklung hin auf ein neues '33 verstärken werden.

Gegen diese Anzeichen und Erscheinungen wächst der Widerstand in unserem Volk. Wir meinen, daß es ein Gebot der Stunde ist, diesen in einer antifaschistischen Front des Volkes, in der VOLKSFRONT zu organisieren, den Zusammenschluß aller antifaschistischen und demokratischen Menschen über die Grenzen weltanschaulicher, religiöser und parteipolitischer Orientierungen hinweg voranzutreiben. Wir rufen auch Eure Organisation und ihre Mitglieder auf: Schließen wir uns zusammen! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg! Für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden! Helfen Sie mit, diese antifaschistische Front des Volkes zu schaffen und aufzubauen, damit unser Volk nicht noch einmal die bittere Erfahrung von Faschismus und Krieg machen muß und wir nicht ein weiteres Mal sagen müssen, wir haben uns zu spät gewehrt.

Wir sind der Überzeugung, daß die Ziele und die Forderungen der VOLKSFRONT auch im Sinne Eurer Organisation und ihrer Mitglieder sind. Deshalb rufen wir Euch auf: Unterstützt die VOLKSFRONT, kämpft mit uns für eine schlagkräftige antifaschistische Alternative zu Strauß auch bei den Bundestagswahlen. Mit und in der Volksfront: Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Wir sind gerne bereit, uns über diese Fragen mit Euch auseinanderzusetzen, weitere Informationen und Materialien über die Ziele der VOLKSFRONT zur Verfügung zu stellen.

Mit antifaschistischen Grüßen

Für den Zentralen Vorstand der VOLKSFRONT

Ulrich Leicht.

Ulrich Leicht

Nachrichten aus den Orts- gruppen

Recklinghausen

In Recklinghausen nahm die Ortsgruppe die alljährliche 'ran-Fete, eine Großveranstaltung der Gewerkschaftsjugend, zur Gelegenheit, Geld für die Rote Hilfe zu sammeln und die RHD bekannter zu machen.

Diese ganze Aktion wurde von zwei Roten Helfern fast alleine vorbereitet und durchgeführt. Als die 'ran-Fete beginnen sollte, schleppten sie folgende Requisiten herbei: einen Tisch, einen großen bunten Sonnenschirm, eine Anschlagtafel, einen Holzbock mit dem Portrait des Kanzlerkandidaten Strauß, dazu einen überdimensionalen Hammer, eine Portion Nägel und eine Glocke zum Bimmeln.

Nachdem alles aufgebaut war — auf dem Tisch wurden außerdem Schmalzbrote und „Äppelwoi“ zum Verkauf bereitgestellt und die Faltblätter und anderes Material der RHD ausgelegt — trat der „Ausrufer“ in Aktion. Mit lauter Stimme forderte er die Besucher der 'ran-Fete, meist junge Gewerkschafter, auf, dem Strauß-Portrait mit Hammer und Nägeln zu Leibe zu rücken. Die Symbolik wurde gut verstanden und viele gönnten sich den Spaß, für 20 Pfennige einen kleinen, für 50 Pfennige einen großen Nagel einzuschlagen. Das Portrait sah nachher recht lädiert aus.

Da die meisten, bevor sie zu Hammer und Nagel griffen, fragten, für wen der Erlös denn sei, erfuhren auf diese Weise auch viele etwas über den Zweck der Roten Hilfe. Wer wollte, nahm sich ein Faltblatt mit oder konnte auf der Anschlagtafel aus Ausschnitten aus den *Mitteilungen* der RHD lesen, wer mit dem Geld unterstützt wird und was die Rote Hilfe sonst noch tut.

Der Reinerlös dieser Aktion, einschließlich Schmalzbrot- und Apfelweinverkauf erbrachte 50.— DM. Noch nicht überwältigend, was das finanzielle Ergebnis betrifft, aber den Akteuren hat es Spaß gemacht und viele haben zum ersten Mal von der Roten Hilfe gehört.

Grohnde: 233 926,09 DM Schadensersatz

will die Landesregierung Niedersachsens von 18 Teilnehmern der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde haben. Es handelt sich um die Kosten des überdimensionalen Polizeiaufgebots, das jetzt von den Demonstranten bezahlt werden soll. Dabei ist die Auswahl der 18 Betroffenen aus den Tausenden Demonstranten völlig willkürlich. Unter ihnen sind solche, die wie unser Mitglied Klaus Werner Hahn in den Strafverfahren freigesprochen worden sind, ebenso wie die Verurteilten und solche, gegen die Strafverfahren gar nicht stattgefunden haben oder eingestellt worden sind.

Wenn die Landesregierung mit ihrem Vorhaben durchkommt, muß nicht nur jeder der Betroffenen den 18. Teil der Gesamtsumme zahlen, er muß auch damit rechnen, von der Landesregierung gesamtschuldnerisch haftbar gemacht zu werden — das heißt, er muß die ganzen 234 000.— DM zahlen und kann dann selbst zusehen, wie er die Anteile der anderen wiederbekommt.

Der massive Angriff auf das Demonstrationsrecht, den diese Schadensersatzforderung wegen bloßer Teilnahme darstellt, wird von den Betroffenen nicht kampfflos hingenommen. Die RHD sichert ihnen ihre Unterstützung dabei zu, zum Beispiel beim Aufbringen der Rechtsanwaltskosten. Für Rote Helfer, die in Hannover oder Umgebung wohnen und einem der Termine des Schadensersatzprozesses beiwohnen wollen: Er findet ab 15. Oktober ca. zwei Monate lang im Landgericht Hannover, Volgersweg statt. Genaue Termine sind bei Klaus Werner Hahn, Dorotheenstraße 5a, 3 Hannover zu erfragen.

Dortmund

Gefängnis vorerst abgewendet

Anfang September hatte die Staatsanwaltschaft gegen Thomas Luczak, Presseverantwortlicher für die *Rote Fahne* und verschiedene andere Veröffentlichungen der KPD, Haftbefehl erlassen, da gegen ihn mehrere

Geld- und Gefängnisstrafen wegen Verächtlichmachung, Beleidigung der Polizei usw. verhängt worden waren. Von den Bielefelder Roten Helfern darauf aufmerksam gemacht, wandte sich der Zentralvorstand an Th. Luczak und an die KPD, um Näheres zu erfahren und evtl. nötige Solidaritätsbereitschaft in Gang zu setzen.

Wie uns jedoch das „Solidaritätskomitee keine Gefängnishaft für Thomas Luczak“ mitteilte, ist inzwischen eine Gesamtstrafe gebildet und zur Bewährung ausgesetzt worden, sodaß Thomas Luczak vorerst nicht ins Gefängnis muß.

**Wie
Beiträge
und Spenden
geholfen
haben**

Kiel

Im Oktober erreichten uns mehrere Unterstützungsanträge aus Kiel. Die Ortsgruppe hatte zwar im September und Oktober 800.— DM an Spenden aufgebracht, aber angesichts der Höhe der benötigten Unterstützungen reichte das Geld nicht hin und nicht her. Der Zentralvorstand half daher mit der Restsumme aus. Unter anderem ging es um folgende Unterstützungsfälle:

Im September 1976 wurden die Roten Betriebsräte von HDW in Kiel fristlos entlassen. Sie legten Einspruch ein, und es konnte wenigstens eine fristgerechte Kündigung zu einem späteren Zeitpunkt erreicht werden. Für die Verhandlungen wurde ein Rechtsanwalt benö-

tigt. Auf jeden entfielen dabei 190,45 DM Anwaltsgebühren. Der Kollege Peter S. bat die RHD, diese Unkosten für ihn zu übernehmen, da er lange arbeitslos war und Frau und Kind ernähren muß.

Mitangeklagt im Kieler Antifaschistenprozeß (wir berichteten zuletzt in Nr. 6/79 darüber) war auch Anke S. Sie wurde freigesprochen, muß aber ihre Rechtsanwaltskosten selbst tragen. Da sie und ihr Mann noch in der Lehre sind und wenig Geld haben, übernahm die RHD die 314,82 DM.

Bernd Weitalla war bei der Demonstration gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf durch einen Steinwurf aus den Reihen der Polizei lebensgefährlich verletzt worden. Bis heute ist seine Arbeitsfähigkeit nicht voll wiederhergestellt. Er kämpft nun seit Jahren um seine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Bernd Weitalla ist Familienvater. Es war für die Rote Hilfe selbstverständlich, die Rechtsanwaltskosten für ihn zu übernehmen.

Spendenliste

Im Oktober gingen folgende Spenden beim Zentralvorstand ein:

OG Bochum (einschl. 50,- DM für G. Sch.) 78,50 DM; OG Bielefeld 466,62 DM; OG Gelsenkirchen 320,- DM; C.A., Memmingen, durch Freizeitarbeit 50,- DM; H. St., Bielefeld, Rückzahlung einer Unterstützung 500,- DM; OG Lübeck 108,- DM; OG Duisburg 90,- DM; OG Recklinghausen 53,- DM; OG Recklinghausen, Erlös der ran-fete 53,77 DM. OG Bochum für Dieter Vogelmann 25,- DM; OG Dortmund für Antifaschisten (Blöcke) 90,- DM. Summe aller Spenden im Oktober: 1 834,89 DM. Allen Spendern herzlichen Dank! Der Zentralvorstand zahlte im Oktober 10 405,- DM an Unterstützungen aus.



ROTE HILFE
■ DEUTSCHLANDS e.V. ■

Zentralvorstand

Postanschrift:

Rote Hilfe Deutschlands, Postfach 215, 4600 Dortmund 1.

Telefon:

Der Zentralvorstand ist telefonisch zu erreichen unter 0234 / 86 44 27 (J. Janz).

Konto:

Rote Hilfe Deutschlands e.V., PSchA Dortmund, Konto-Nr.: 19 11 00 — 462.

Die
ROTE HILFE

Herausgeber: Zentralvorstand der RHD. Verantwortliche Redakteurin: Edelgard Hemmer. Eigendruck im Selbstverlag.